Einzelnummer 10 Pfennig

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18600, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0.30 RM., für Familienanzeigen 0.20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1.50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Donnerstag, den 28. Juli 1927 — Nummer 174

Der blutige Freitag

Eine Rede Bauers über die Wiener Ereignisse

Bauer hat im Nationalrat, dem österreichischen Parlament, im Anschluß an provokatorische Ausführungen Seipels für die Sozialdemokratie über die Ereignisse am „blutigen Freitag" gesprochen. Er begann mit einem „Schuldbekenntnis". Die Schuld der österreichischen Sozialdemokratie habe nach den Ausführungen Bauers zunächst darin gelegen, daß die sozialdemokratische Parteileitung den Umfang der Demonstrationen nicht vorausgesehen habe, d. h. daß die sozialdemokratischen Führer die Erregung der Massen über die faschistischen Provokationen ähnlich beurteilt hatten, wie ihre eigene Erregung": als eine bloße Kritik, die über den engen, sozialpolitischen Rahmen einer formalen Kritik nicht hinausgehen durfte. Bei einer richtigen Einschätzung hätte die sozialdemokratische Führung, wie Bauer ausdrücklich versicherte, alle Mittel in Bewegung gesetzt, um zu verhindern, daß die Empörung der Massen in eine direkte Aktion gegen die faschistische Justiz und gegen den Staat, der diese Justiz deckte, ausmünde. Daher sei es nach Ansicht Bauers ein Versäumnis der sozialdemokratischen Führung gewesen, nicht rechtzeitig genug die entsprechenden Organe eingesetzt zu haben, die einen direkten Angriff der Massen auf die faschistische Justiz und den Staat hätten verhindern können. Der Republikanische Schutzbund sei nicht in genügender Zahl und in genügender „Ausgestaltung" — was wohl heißen soll: nicht mit entsprechender Bewaffnung — eingesetzt, ebenso die Gemeindewache nicht rechtzeitig genug aufgestellt worden. So konnte die Erregung der Massen nicht in die der sozialdemokratischen Parteileitung genehme Form abgeleitet werden. Dieses „Ableiten" sei aber das Hauptbestreben der Sozialdemokratie gewesen. „Wenn es nicht gelungen wäre, den Protest der Massen in die Form des Streiks zu bringen, wären wahrscheinlich heute von Wien die Trümmer übrig!" rief mit Pathos und zugleich mit einer gewissen Befriedigung Bauer aus.

Bauer sprach dann von der Schuld der Polizei. Er richtete dabei die heftigsten Angriffe gegen eine Person, gegen den Polizeirat Thaus, der die Reiterattacke vor dem Parlament angeordnet hatte. Dieser Polizeirat ist tatsächlich ein alter berüchtigter Scharfmacher aus den Zeiten der alten Monarchie. Bauer „vergaß" aber nur eines, mitzuteilen: gerade Renner, und auf dem Wege über Bauer selbst, waren es, die diesen Monarchisten und Gerichte aus anderen 1918/19, als die Sozialdemokratie regierte, ruhig weiter walten und schalten ließ. Gleichzeitig übernahm Bauer einfach den bürgerlichen und polizeilichen Standpunkt, als er wörtlich ausführte: „Ich gebe zu, daß die Polizei angegriffen worden ist, und niemand wird daran Kritik üben können, daß sich die Polizei ihres Lebens gewehrt hat, soweit sie sich in Notwehr befand." Es wurden also nicht die Wiener Arbeiter von der faschistischen Justiz provoziert, von der Polizei angegriffen, sondern — wie es ja in jedem Polizeibericht heißt — haben Arbeiter die Polizei angegriffen, und nur „in Notwehr" hat die Polizei Hunderte von Arbeitern getötet, zu Krüppeln geschossen. Das ist schon die Denkweise und Darstellungsart eines monarchistischen Polizeirates.

Als ausgekochter Parlamentarier, der Klassenauseinandersetzungen am liebsten auf theatralische Reden und Gegenreden auf der Bühne des Parlaments beschränken möchte, ist Bauer darüber empört, daß solche Katastrophen, wie die des „blutigen Freitag", im österreichischen Nationalrat nicht „in leidenschaftlicher Erregung besprochen" wurden. Hier kocht die Seele des Austromarxisten über den Zynismus der Bürger und Pfaffen, die nach dem Morden kühl und sachlich an die Vorbereitung weiterer Morde, an die Verurteilung hunderter Arbeiter zu langjährigen Zuchthausstrafen herangehen. Die Sozialdemokraten sehen sich so um die Gelegenheit genommen, als „handelnde Personen" vor den Massen auf der Bühne des Parlaments zu erscheinen.

Daher möchte auch Bauer mit zwei parlamentarischen Anträgen unter die Ereignisse von Wien den Schlußstrich ziehen. „Die wilden Leidenschaften müssen beruhigt werden. Dazu weisen wir Ihnen durch unsere Anträge den Weg." Es ist darunter ein Antrag auf Einsetzung — eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Worauf ein Bürgerlicher antwortete, ein solcher sei nicht notwendig, dazu seien die Gerichte da.

Parlamentarischer Kretinismus als Antwort auf eine Klassenschlacht — das ist des Austromarxismus' letzte Weisheit!

Das Ende einer Parlamentskomödie

Das sozialdemokratische Scheinmanöver gegen den österreichischen Zollwucher entlarvt.

Wien, 28. Juli (Eigene Drahtmeldung.)

Im Nationalrat fand gestern die Debatte über die Wiener Ausstände ihr klägliches Ende. Die Anträge der Sozialdemokraten, der Regierung die Mißbilligung auszusprechen und eine parlamentarische Untersuchungs-Kommission einzusetzen, wurden, wie von Anfang an zu erwarten war, abgewürgt. Die Sozialdemokratie raffte sich nach Ablehnung ihrer Anträge noch nicht einmal zu einer Protestkundgebung auf, die allgemein von den bürgerlichen Parteien erwartet wurde. Die bürgerlichen Blätter melden, daß die Stimmung innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion am besten dadurch gekennzeichnet wird, daß die Sozialdemokratie ihre Obstruktion gegen den neuen Zolltarif aufgegeben habe.

Von Niedner zu Tode gehetzt

Selbstmordversuch des im Stuttgarter Kommunistenprozeß zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilten Genossen Baikhard

Stuttgart, 28. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Der von dem Riedinergericht zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilte Genosse Baikhard hat in der Nacht zum Mittwoch in dem Stuttgarter Gerichtsgefängnis einen Selbstmordversuch unternommen. Baikhard wollte durch seinen Tod der Riedinerjustiz einen weithin sichtbaren Protest einlegen, um die Arbeiterschaft gegen die Klassenjustiz in Bewegung zu bringen. Daß Genosse Baikhard gerettet werden konnte ist nur dem Umstand zu verdanken, daß der diensttuende Gefängnisaufseher, der in der Nacht Dienst hatte, im Sanitätsdienst ausgebildet ist und in letzter Stunde ein Notverband angelegt werden konnte.

Genosse Baikhard erklärte dem Gefängnisdirektor gegenüber, daß sein Selbstmordversuch ein letzter Protest sei gegen den schamlosen Rechtsbruch der Riedinerjustiz. Er hatte hocherhobenen Hauptes das Zuchthausurteil auf sich genommen, wenn er wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt worden wäre, aber ohne jeden Beweis, lediglich auf die Aussage des Spitzels König, wurde Baikhard vom Riedinergericht wegen des vom gleichen Spitzel König inszenierten Attentats auf das Gebäude der Süddeutschen Arbeiterzeitung und der Erschießung des Kriminaloberwachtmeisters [illegible] verurteilt.

Ein [illegible]urteil gegen Rote [illegible]kämpfer

Berlin [illegible] Drahtmeldung.)

Vor dem erweiterte[illegible] Mitte hatten sich zwei Rote Frontkämpfer [illegible] gelangenen-befreiung zu verantworten, wobei sie zu den unerhörten Strafen von 8 und 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurden.

Aus der Begründung des Urteils ist bemerkenswert, daß der Vorsitzende die ungeheure Strenge des Urteils mit den Wiener Vorgängen zu begründen versuchte, indem er erklärte, die Wiener Vorkommnisse hätten die Notwendigkeit gezeigt, auch in Deutschland schärfere Strafen auszusprechen.

Zentrumsdiktatur im Reichsbanner

Berlin, 28. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Die heute, Donnerstag, stattfindende Konferenz der führenden Zentrumsmitgliedern über das Reichsbanner wird voraussichtlich die Forderung nach einer schärfsten Disziplin des nationalrepublikanischen Flügels im Reichsbanner stellen. Sämtliche Anweisungen des Reichsbanners sollen in Zukunft durch einen korporativ paritätischen Ausschuß gegengezeichnet werden. Von seiten der Demokraten hat man dieser Forderung bereits zugestimmt und sie für durchaus berechtigt erklärt.

Neue Verhaftungen in Wien

Wien, 27. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die Genossen Tomann und Koritschoner, sowie Mitglieder der Kommunistischen Jugend wurden am 27. Juli verhaftet. Gegen den Genossen Willi Schlamm, Redakteur der Roten Fahne, liegt ein Haftbefehl vor, doch konnte Gen. Schlamm nicht aufgefunden werden. Auch bei Sozialdemokraten wurden Haussuchungen und Verhaftungen vorgenommen.

Kampfgemeinschaft gegen den Bürgerblock

Von Ernst Meyer

Der Bürgerblock, dessen Zerfall als nahe bevorstehend die Sozialdemokratie schon in den Tagen seiner Bildung prophezeite, hat sich in Wirklichkeit immer mehr gefestigt und dringt jäh, Schritt für Schritt mit seinen reaktionären Maßnahmen vor. Dabei ist der Bürgerblock klug genug, zunächst die Gesetze vorzuschlagen, die bereits im Entwurf von der ersten Marx-Regierung, die die vollkommene Unterstützung der SPD fand, vorbereitet waren. Die wirtschaftliche Konjunktur erleichtert es dabei den Bürgerblockparteien, ihre Differenzen, auf die sich die sozialdemokratischen Hoffnungen auf den Zerfall des Bürgerblocks gründeten, zu überbrücken. So ist zum Beispiel aus der Reihen des Industriekapitals kein Widerspruch gegen die neuen, vom Agrarkapital geforderten Zollerhöhungen auf Lebensmittel laut geworden, trotzdem nur das Agrarkapital unmittelbar an diesen Zollerhöhungen Interesse hat. Die SPD versucht zwar, einen großen Konflikt zwischen Curtius, dem volksparteilichen Wirtschaftsminister, und Schiele, dem deutschnationalen Ernährungsminister, in der Zollfrage zu konstruieren. Aber diese Versuche blieben ebenso erfolglos wie die Bemühungen der SPD, bald durch Lob, bald durch Verschweigen eines Tadels das Zentrum vom Bürgerblock loszulösen.

Die kapitalistischen Parteien befinden sich bei der Politik des Bürgerblocks sehr wohl. Ja, jede von ihnen hat noch den Vorteil, die Erfüllung von Forderungen, die sie selbst wünschen, als notwendige Konzession an die anderen Parteien darzustellen, um damit die eigene Verantwortung für diese Maßnahmen loszuwerden und im Notfall sogar an anderer Stelle kritisieren zu können. Alle Bürgerblockparteien machen von dieser Demagogie Gebrauch. Die Deutschnationalen tragen so das Gepäck der Zustimmung zum Republikschutzgesetz leichter; das Zentrum kann so die Zustimmung zu der Sozial- und Wirtschaftspolitik des Bürgerblocks durch die notwendige Rücksicht auf Deutschnationale und Volkspartei erklären. Um enttäuschte oder unwillige Anhänger vollends zu beruhigen, haben sich die Bürgerblockparteien schließlich eine Art von politischer Rückversicherung gegenüber ihren Anhängern geschaffen, die fast bis zur Vollendung ausgebildet worden ist. Das ist das Oppositionsspiel zwischen Reichsregierung und Preußenregierung, das allen beteiligten Parteien und sogar den Demokraten und Sozialdemokraten erlaubt, gleichzeitig als Regierungs- und als Oppositionspartei aufzutreten.

Die Deutschnationalen stimmen im Reich dem Republikschutzgesetz zu, in Preußen aber und in den übrigen Ländern treten sie als unbeugsame Monarchisten auf. Das Zentrum sitzt mit den monarchistischen Deutschnationalen in einer Regierung, führt aber in Preußen einen „heldenhaften" Kampf für die Republik und beteiligt sich weiter am republikanischen Reichsbanner. Die Deutsche Volkspartei fügt sich im Reich den Wünschen des Zentrums in Schul- und Kirchenfragen, pflegt aber in Preußen ihre „liberalen" Traditionen in der Opposition gegen das Zentrum. Mit solchen Manövern können alle Parteien bald als Regierungspartei, bald als treue Anhänger des eigenen Parteiprogramms im Kampfe gegen die Regierung auftreten.

Den Vorteil dieser Doppelstellung als Regierungs- und Oppositionspartei haben auch die Demokraten und Sozialdemokraten. Sie sitzen in Preußen in der Regierung und machen im Reiche Opposition. Um darüber hinwegzutäuschen, daß die Preußenpolitik in allen entscheidenden Fragen sich der Reichspolitik anpaßt und sie durchführt, betreiben sie Opposition mit Vorliebe in ein paar Punkten, die der Reichsregierung nicht wehe tun und die das Zentrum ohne Gefährdung seiner eigenen Politik dulden und manchmal sogar mitmachen kann.

Das beliebteste Streitobjekt zwischen Reichs- und Preußenregierung sind ganz untergeordnete Fragen, wie die Verfassungsfeier vom 11. August. Das Zentrum hütet sich dabei wohl, es zu einem wirklichen Konflikt kommen zu lassen. Es duldet, daß die Preußenregierung sich in die republikanische Toga mit den schwarz-rot-goldenen Farben wirft. Aber es verhindert gleichzeitig in den Parlamentsausschüssen, daß für die Reichsregierung bindende Beschlüsse zustandekommen. Das Zentrum duldet, daß die Preußenregierung zunächst im Reichsrat gegen die Zollerhöhungen Einspruch erhebt, aber es sorgt im Reichstag für Annahme dieser Zollerhöhungen und verhindert dann die Aufrechterhaltung des preußischen Einspruchs im Reichsrat. Das Zentrum duldet die Abkanzlung des preußischen Vertreters im Reichsrat, Dr. Badt, durch den kappistischen Innenminister von Keudell, und läßt ihn dann wieder durch den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Preußens, Otto Braun, heraushauen.

Die Sozialdemokratie macht bei diesem Spiel, an dem sie sich selbst beteiligt, die kläglichste Rolle. In Kiel hat Hermann Müller offen erklärt, daß die Grenzen der sozialdemokratischen Opposition im Reich durch die Teilnahme an der Preußenkoalition gezogen sind. Die Rücksichtnahme auf das Zentrum, das man als künftige Koalitionspartei nicht verstim-

Rüste[illegible] [illegible]nen Aufmarsch gegen den drohenden imperialistischen Krieg, zum Schutze d[illegible]

[illegible] dem Theaterplatz 19.15 Uhr / Mobilisiert die Massen!

[illegible]onstration am 4. August!